

Mitteilung

der Landesregierung

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Schienenverkehr der Zukunft gestalten – Hauptbahn- hof Mannheim einbinden

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 19. Juni 2002 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 13/1089 und 13/1092):

1. Der Landtag von Baden-Württemberg unterstreicht die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer ICE-Neubaustrecke im überlasteten Verkehrskorridor zwischen Main und Neckar.
2. Der Landtag von Baden-Württemberg fordert die Aufnahme dieses Projekts in die Maßnahmen höchster Dringlichkeit des Bundesverkehrswegeplans als Lückenschluss zwischen den Strecken Köln/Rhein-Main und Mannheim–Stuttgart.
3. Der Landtag von Baden-Württemberg bekräftigt seinen Standpunkt, dass die vollwertige Einbindung des Hauptbahnhofs Mannheim in den heutigen und künftigen Hochgeschwindigkeitsverkehr der DB AG für den Ballungsraum Rhein-Neckar unabdingbar ist und eine Umfahrung gravierende Nachteile nicht nur für den Raum Mannheim und den badischen Landesteil, sondern auch für die Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz haben würde.
4. Der Landtag von Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, den Planungen einer sogenannten Bypass-Lösung weiterhin mit allem Nachdruck entgegenzutreten und sich für die Belange des Rhein-Neckar-Dreiecks einzusetzen.
5. Der Landtag lehnt einen neuen Fernverkehrshalt auf der grünen Wiese ab, da ein solcher Standort die Erreichbarkeit des Fernverkehrs mit Nahverkehrszügen, der S-Bahn und dem ÖPNV radikal verschlechtern würde und den raumordnerischen Interessen vollständig zuwiderläuft.
6. Der Landtag von Baden-Württemberg erwartet von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag, dass die Deutsche Bahn AG nur Finanzmittel für eine Trasse erhält, die im Einklang mit den Interessen des Landes Baden-Württemberg steht.

Bericht

Mit Schreiben vom 10. Dezember 2002 Az.: II 3824.5 berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Auf Initiative der Landesregierung, der Stadt Mannheim und der Region Rhein-Neckar wurde am 1. Juli 2002 in Mannheim eine Schienenkonferenz Region Rhein-Neckar durchgeführt, die als zentrales Thema die Zukunft des ICE-Knotens Mannheim hatte.

Die ablehnende Haltung der Landesregierung gegenüber den Umfahrungsplänen der Deutschen Bahn AG fand in der Region sowie bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestags und des Landtags von Baden-Württemberg breite Unterstützung. Gleiches gilt auch für die auf der Konferenz anwesenden Vertreter der Landesregierungen von Hessen, Rheinland-Pfalz und des Saarlandes.

Herr Verkehrsminister Müller übergab der anwesenden Parlamentarischen Staatssekretärin des Bundesministeriums für Verkehr, Frau Mertens, ein an den damaligen Bundesverkehrsminister Bodewig gerichtetes Schreiben, mit dem dieser aufgefordert wurde, im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung nicht nur die Umfahrungsvariante B, sondern auch die Durchfahrungsvariante A ergebnisoffen zu prüfen und zu bewerten. Dies hat Minister Bodewig mit Schreiben vom 7. Oktober 2002 zugesagt.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat am 20. März 2002 nach Abschluss der Vollständigkeitsprüfung der im Januar 2002 von der Deutschen Bahn AG eingereichten Raumordnungsunterlagen zahlreiche Nachforderungen an die Deutsche Bahn AG gestellt.

Anfang November 2002 hat die Deutsche Bahn AG dem Regierungspräsidium Karlsruhe weitere Unterlagen vorgelegt. Sollten diese nunmehr vollständig sein, kann die öffentliche Auslegung der Raumordnungsunterlagen voraussichtlich Anfang 2003 erfolgen.